

# Die Straße gehört dem roten Berlin

## Riefenaufmarsch im Lustgarten / Kein Faschist wagte zu provozieren

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Der antifaschistische Rufmarsch am Sonntag war ein Massenbekundnis des roten Berlin zum entschiedenen Kampf gegen den Faschismus. Unzählige Massen waren im Lustgarten versammelt. Die Reden waren nicht gefüllt. Die mitgeführten Transparente forderten die Aufhebung des NS-Berlins, die Bildung von roten Betriebswehren, und propagierten den Metallarbeiterstreik. Die antifaschistischen Organisationen marschierten geschlossen auf.

Herr Jürgel hatte wie immer, so auch diesmal keine „Kampfbereitschaft gegen den Faschismus“ durch ein Massenaufgebot der Polizei kundgetan. In außerordentlich provokatorischer Weise wurde durch berittene Polizei der Versuch gemacht, die Aulobuffe während der Kundgebung über den Lustgarten zu leiten. Am Widerstand der Massen scheiterte diese Maßnahme. Ebenso wurde die Polizei bis zur Schloßbrücke zurückgedrängt, als sie versuchte, eine Gummiknüttelattacke auf die Teilnehmer der Kundgebung durchzuführen. Die Polizei beschlagnahmte ein Filmauto, das Aufnahmen über „Ansammlungen“ der Polizei gemacht hatte. 45 Verhaftungen wurden vorgenommen.

# Die roten Kulturbataillone im schwarzen Rheinland

Köln, 29. September. (Eig. Drahtmeldung.)

Der gestrige Kampfaufmarsch des rheinischen Proletariats in Köln gegen den Faschismus und die Kulturreaktion war die gewaltigste proletarische Demonstration, die die Kölner schwarze Metropole am Rhein gesehen hat. Das Proletariat Kölns war reiflos auf den Weinen, 150 rote Frontkämpfer marschierten in voller Uniform im Zuge, der sich zunächst zu den Gräbern der beiden, von der wilhelminischen Kamorilla ermordeten Matrosen Köbes und Reichpietsch bewegte und dort Kränze niederlegte. Weit über 50 000 Werkstätige beteiligten sich an der Demonstration. Der Volkmarkt war bereits um 16 Uhr überfüllt. In den Nebenstraßen klangen sich die Massen, und noch immer rückten neue Bataillone der Werkstätigen an. Ein besonderes Merkmal der Kundgebung war die überaus starke Beteiligung der proletarischen Jugend, der Frauen und Kinder, der Betriebsdelegationen und Betriebs- und Arbeiterwehren.

# Bergab

## Krisenverschärfung des deutschen Kapitalismus

(Fortsetzung)

Wir hatten schon in dem ersten Artikel festgestellt, daß die Krise des deutschen Kapitalismus und für die weitere Verschärfung der Klassengegensätze. Bereits die Politik der Brüder Müller-Regierung war charakterisiert durch eine Reihe von Maßnahmen zum Abbau der Sozialpolitik, durch neue steuerliche Lasten der arbeitenden Massen und durch eine steuerliche Umwälzung im Anfang dieses Jahres, das zum Vorauswurf der Sozialdemokratie in der Reichsregierung führte, hatte keine sozialistische Politik zu einer vollständigen Krise der Reichsfinanzien, zu deren Sanierung die Sozialdemokratie in der Reichsregierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen mußte, als erneuten Abbau der Sozialpolitik und erneute Erhöhung der Steuern für die arbeitenden Massen.

So charakterisiert die Schwere der Krise des deutschen Kapitalismus, daß er gezwungen ist, auch den Teil des Proletariats mit aller Schärfe zu attackieren, der bisher gegenüber den bedrückten Massen der Arbeiterklasse gewisse Vorrechte genoss. Wir haben bereits gesehen, daß die Löhne der hochbezahlten Arbeiter in der Angelegenheit in der unerhörtesten Weise einer Senkung ihres Einkommens unterworfen werden. Immer schärfer wird die Basis der Arbeiteraristokratie, immer eindeutiger wird den proletarischen Schichten, wie die Angehörigen, die weiter oben meinten, Interessen mit der Bourgeoisie zu haben glauben, mit der Politik der Verschärfung der Krisen ihre Klassenlage bezeugt.

Die Verschärfung der Wirtschaftskrise veranlaßt schließlich eine außerordentliche Verschärfung des Prozesses der Sozialpolitik. Die Massen der armen und mittleren Bauern geraten infolge einer Steuerpolitik, die das Großkapital schon in Folge einer Agrarpolitik, die völlig einseitig die Interessen der Großagrarier schützt, infolge der Verschärfung der internationalen Agrarkrise in eine immer bedrücktere wirtschaftliche Lage. Gleichzeitig gehen Zehntausende handwerklicher und kleinhandwerklicher Existenzen infolge der wachsenden Vertiefung der Abhängigkeitsverhältnisse und unter dem wachsenden Druck der kapitalistischen Konkurrenz zugrunde.

Diese Entwicklung hat den Prozeß der Kapitalisierung der arbeitenden Massen unheimlich beschleunigt. Sie führt zu den „Erdrück“ bei den Reichstagswahlen, zu zunehmenden Schwierigkeiten der alten bürgerlichen Parteien, zu einer immer stärkeren Vertiefung der proletarischen Basis der Sozialdemokratischen Partei, zu einem unerwartet großen Aufschwung der Nationalsozialisten bis zu dem gewaltigen Sieg der Kommunistischen Partei.

Außerhalb gesehen, bedeutet der starke Auftrieb der Hitler-Partei eine Stärkung der politischen Lage der deutschen Bourgeoisie, denn wir erkennen nicht den Charakter dieser Partei als einer bürgerlichen Partei, die unter Führung des Finanzkapitals steht. Trotzdem wäre eine solche Beurteilung falsch, und selbst die „Kölnische Zeitung“ sagte in ihrer Besprechung:

# Eine wichtige Adresse

für alle Protesttelegramme und Resolutionen gegen den Revolutionsprozeß der Klassenjustiz gegen den KJVD ist folgende: Landgerichtsdirektor Franken, Leipzig, Schwanenort.

des Wahlergebnisses mit Recht, daß die 6 1/2 Millionen Stimmen für die Hitler-Partei nicht nur antidemokratische, sondern antikapitalistische Stimmen gewesen seien. Man ist es unter den nahezu 6 1/2 Millionen Stimmen für die Hitler-Partei einige hunderttausend bürgerliche Stimmen, die beweislich der bürgerlich-faschistische Partei abgegeben worden sind; von den Massen der Kleinbauern, die unter dem Druck der hohen Steuern, der Verschuldung und der Agrarkrise litten, die arbeitslos geworden und Kleinrentner, die vorerkrankten arbeiteten, die von der Arbeitslosigkeit bedrohten Angehörigen, die nationalsozialistisch gewählt haben, drückten mit ihrer Stimmenabgabe ihre Revoluzzerstimmung gegen das kapitalistische System aus. Deshalb wäre es völlig falsch, anzunehmen, daß die Millionenstimmen durch die faschistische Ideologie der Hitler-Partei an den Wagen der Bourgeoisie gespannt seien. Die Bewegung dieser Millionenmassen an die Hitler-Partei ist im Gegenteil sehr schwach, und die notwendige weitere Vertiefung der Krise der kapitalistischen Wirtschaft, der verschärfte ökonomische Druck auf diese Schichten, andererseits das Wachstum der Kampf des revolutionären Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei, die entschlossenerer Aktivität der Kommunistischen Partei unter diesen Massen, alles das wird es möglich machen, einen immer größeren Teil dieser werkschaffenden Schichten in das Lager des revolutionären Proletariats hinüberzuführen.

Deshalb ist der Sieg der Kommunistischen Partei bei den Reichstagswahlen von ausschlaggebender Bedeutung. Die KPD hat ihren Stimmenzuwachs von 1,3 Millionen fast ausschließlich aus den Reihen der Arbeiterklasse bekommen. Sie hat fast reiflos die Arbeiterstimmen, die von der SPD weggezogen, aufgefangen und sogar dem Zentrum im Ruhrgebiet und in Ostpreußen einen Teil ihrer Arbeiteranhänger abnehmen können. Dieses Wachstum der Kommunistischen Partei in den Reihen der Arbeiterklasse bereits bis zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterstimmen in einigen wichtigen Industriegebieten Deutschlands ist nicht nur das Ergebnis einer glücklichen objektiven Lage, sondern in der Hauptphase einer zielbewußten revolutionären Arbeit der Partei.

Wenn das Wahlergebnis der Bourgeoisie einen gewissen Schrecken eingejagt hat, dann nicht der Aufschwung der Nationalsozialisten, sondern die Tatsache, daß diesen ein Einbruch in die entscheidenden Teile der Arbeiterklasse mißlang und daß die KPD die Position der Sozialfaschisten in der Arbeiterklasse überall und in manchen Bezirken ganz elementar zu erschüttern vermochte. Wenn gegenwärtig in den Reihen der Bourgeoisie darüber gestritten wird, ob in der kommenden Regierung die Nationalsozialisten oder die Sozialfaschisten oder keiner von beiden beteiligt werden soll, dann kann das nur ganz äußerlich darüber hinwegtäuschen, daß die gesamte Bourgeoisie in der Erkenntnis der überragenden Bedeutung des Sieges der Kommunistischen Partei sich einig ist in dem Willen einer verschärften politischen Offensive gegen das revolutionäre Proletariat.

(Fortsetzung folgt)

Die KPD diesen Schwindel selbst glaubt, ist zu bezweifeln. Auf alle Fälle hofft es aber damit, die Verkehrsarbeiter und die Berliner Arbeiterklasse zu verwirren.

In Wahrheit hat unser Genosse Schwent in der Reichstagsversammlung die Demagogie der Nazis entlarvt und betont, daß der Kampf der Verkehrsarbeiter gegen die Nazis und die Lohnraub nur unter der Führung der KPD erfolgreich sein kann und daß, um diesen Kampf zu führen, alle Arbeiter, ganz gleich ob sozialdemokratisch, nationalsozialistisch oder kommunistisch, sich unter Führung der KPD zusammenschließen müssen.

Was der Vorwärts sonst noch über Verhandlungen zwischen Nazis und Kommunisten zu berichten weiß, ist ein ebenfallser Schwindel. Zwischen den Organisatoren der Arbeitermassen des Streikbruchs, den Landbesitzer des Finanzkapitals, des Goebbels, Engel und Konjorten und Kommunisten gibt es keine Verhandlungen.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird unterwertig am die Verleumdungen des Vorwärts und die Verleumdungen der Nazis den Kampf der Berliner Verkehrsarbeiter organisieren und die Einheitsfront der Verkehrsarbeiter zu diesem Kampfe herstellen.

# Hitler fordert Steuerfreiheit für die Schwerindustrie

## Entlarbt den Kapitalistennecht vor den irreführten Naziwählern!

Dresden, den 29. September.

Im „Völkischen Beobachter“, dem Zentralorgan Hitlers, vom Sonnabend, äußert sich der Landtagsabgeordnete der Nationalsozialisten Wagner in bezeichnender Weise über mögliche Maßnahmen zur Behebung der kapitalistischen Krise. Alle Schleier der nationalsozialistischen Demagogie werden hier fallen gelassen. Wörtlich wird in Punkt 3 gefordert:

„Die deutsche produktive Wirtschaft braucht Ruhe. Keine neue Belastung, keine neue Steuer darf für sie kommen!“

Das ist wortwörtlich aus dem Programm der Kapitalisten Deutschlands entnommen. Keine Besteuerung der Millionäre, der großkapitalistischen Ausbeuter, aber Einverständnis mit dem Lohn- und Gehaltsraub für die Arbeiter und Angestellten, Einführung der Regereuer durch Zirk, Kürzung der Erwerbslosenunterstützung, Kürzung aller sozialen Ausgaben.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Wagner schlägt in seinem Artikel dann noch folgende Maßnahmen vor:

Verzichtung der in den Städten angesammelten Arbeitskräfte auf Land, Arbeitsdienstpflicht! „Auf dem Balkan kann zudem praktisch geteert werden, wie die staatlich eingeführte Dienstpflicht nicht nur keine Zuschüsse braucht, sondern Jahr um Jahr für den Staat Millionen und aber Millionen verdient werden.“

Das Zentralblatt Hitlers wagt dann noch, diese programmatischen Forderungen im Dienste der Kapitalisten mit der Phrasologie zu behelfen:

„Für uns Nationalsozialisten aber ist Arbeit — Sozialismus, Drum her damit!“

Keine Besteuerung der Kapitalisten, noch höhere Profite für die Ausbeuter! Für die Arbeiter, unteren Angestellten und Rentnern Lohnraub und Arbeitsmilitarisierung. So sieht der „Sozialismus“ Hitlers aus.

# Die amerikanischen Börsentönige werden beruhigt

## „Kein Putz“, erklärt Hitler in ihrer Presse

Nachdem erst loeben in der englischen Presse Hitler seine Befolgungstreue versichert hat, bringt nun auch die amerikanische Hearst-Presse in ihren Sonntagsglätern einen Artikel Hitlers in großer Aufmachung. Hitler schreibt:

„Anderer mögen Gewalt anwenden, um uns an der Regierungsobernahme zu verhindern. Wir denken an keinen Putz. Die Wahl hat uns den Weg zur Macht gewiesen.“

# Die Stadtverordnetenwahlen in Delsnik i. G.

## Ein Erfolg der KPD, eine Niederlage der Brandleristen

Bei der gestern in Delsnik i. G. stattgefundenen Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums entfielen auf die einzelnen Parteien folgende Stimmen:

Partei	Stimmen	Prozent
Seite 1 (KPD-Opposition)	650	(1120)
Seite 2 (Bolsch. Arbeitsgemeinschaft)	2264	(2601)
Seite 3 (KPD)	2557	(2965)
Seite 4 (Bürgerl. Wirtschaftsverein)	1699	(1888)
Seite 5 (Spar- u. Hypothekenausschauer)	691	(668)
Seite 6 (KPD)	2183	(1116)

Gegenüber der Reichstagswahl hat infolge geringerer Wahlbeteiligung keine Partei die Wahlsiffern des 14. September überschritten. Für die KPD ist deshalb kein genauer Vergleich möglich, da bei den Reichstagswahlen die Brandler-Opposition zur Wahl der KPD-Liste aufforderte, während sie dieses Mal wieder mit einer eigenen Liste auftrat. Diese Tatsache berücksichtigt, bedeutet das jetzige Wahlergebnis trotz geringen Stimmenverlustes eine Stärkung der KPD und einen weiteren Rückgang der Brandleristen, die in der Gemeinde Delsnik lange Zeit eine Hochburg hatten.

# Neuer Schwindel über Verbrüderung der Nazis und Kommunisten

## Abfertigungskommissar der Brandleristen

Unter der Leitung des berühmten sozialdemokratischen Direktors der Berliner Verkehrsbehörde, Prolat, der ein jährliches Gehalt von 72 000 RM hat, sind im letzten Jahre 3000 Verkehrsarbeiter entlassen worden und für die übrigen Verkehrsarbeiter die Löhne durch die Einlegung unbezahlter

Verkehrsarbeiter gekürzt worden. Die Proletarier gehen mit Schrecken dem Tag der Abrechnung der Verkehrsarbeiter mit ihrem schändlichen Ausbeuterhohn näherkommen. Sie versuchen jetzt ihre Schande zu verbergen und die Abrechnung hinauszuschieben, indem sie die KPD und die SPD bei den Verkehrsarbeitern verlocken. Dabei stützen sie sich auf die Nazis, die mit der bekannten demagogischen Manier die Entpörung der Verkehrsarbeiter für ihre Zwecke auszunutzen versuchen. Die Goebbels und Co. haben einen lauberen Plan ausgedacht, um Einfluss bei den Verkehrsarbeitern zu gewinnen und die KPD und die SPD bei den Verkehrsarbeitern zu diskreditieren. Sie haben beschlossen, daß die Verkehrsarbeiter am 2. Oktober in den Streit treten sollen und fordern von den Kommunisten, daß sie sich dieser „Aktion“ anschließen.

Natürlich sind die Nazis, diese Partei der berufsmäßigen Streikbrecher, gar nicht imstande, einen Streik der Verkehrsarbeiter zu organisieren. Sie haben auch gar nicht die Mühe hierzu, zumal der Nazivertreter im Arbeiterrat der BVG gemeinsam mit den sozialdemokratischen Arbeiterräten die Anträge der KPD-Betriebsräte, die entlassenen BVG-Arbeiter wieder einzustellen, abgelehnt hat.

Der Vorwärts, das Zentralorgan der berufsmäßigen Streikbrecher und Verleumder, benutzt nun die Tatsache, daß Kommunisten in einer von den Nazis einberufenen Verammlung der Verkehrsarbeiter aufgetreten sind, um der Demagogie der Nazis entgegenzutreten, zu der üblichen Verleumdungskampagne: „Nazis und Kommunisten verbrüdern sich zwecks gemeinsamer Veranstaltung von Straßentrümpfen am 2. Oktober.“

und behauptet fiesch, der kommunistische Landtagsabgeordnete Schwent, Mitglied des Ausschusses der BVG, habe in dieser Verammlung erklärt, daß die Kommunisten am 2. Oktober mit dem Nazis gemeinsame Sache machen würden. Nach dem Vorwärts hat ein Führer der Nazis die Aktion am 2. Oktober folgendermaßen umfassen:

„Am 2. Oktober sollen sämtliche Straßenbahnen und Autobusse angehalten und zertrümmert, das Fahrpersonal und das in den Wagen befindliche Publikum verprügelt und die Direktion der BVG abgelehnt werden.“

Für diese „Aktion“ soll der Genosse Schwent die Zustimmung gegeben haben. Ob das Zentral-Organ der